

VR-07 (V-103)-117-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Jens Marco Scherf (KV Miltenberg)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 116 bis 118 einfügen:

Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen Antworten auf die Herausforderungen von Flucht und Migration finden. Unser Leitgedanke bleibt, dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit stehen

Von Zeile 121 bis 140:

fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, Krisenprävention oder Krisenprävention, humanitäre Hilfe gelingt, Steuerung von Migration sowie Rückführungsmanagement gelingen am besten, wenn sie europäisch organisiert wird werden.

~~Vor einigen Monaten wurde~~ Deshalb ist es gut, dass wir nach Jahren des Stillstands die Reform des EU-Asylsystems beschlossen haben. ~~Ob diese Reform etwas verbessern wird, ist nicht ausgemacht, aber es~~ Hierdurch ist möglich. ~~Denn~~

~~das größte Problem europäischer~~ der Grundstein für eine geordnete und faire europäische Asylpolitik ist gelegt, die die fehlende Rechtsdurchsetzung und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten im in der Aufnahme von und dem menschenwürdigen Umgang mit

Geflüchteten mi Geflüchteten beenden soll. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene

Eben einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht schnellstmöglich umgesetzt werden. ~~Die~~

~~Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026~~ Hierbei werden wir in Kraft tritt Deutschland mit bestem Beispiel vorangehen.

~~Deswegen~~ Gleichzeitig wollen wir ~~bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen~~ auch andere Mitgliedsstaaten bei der schnellen und effektiven Umsetzung unterstützen. zudem wollen wir bereits vor dem Inkrafttreten 2026 [Leerzeichen] ins Handeln

kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und

rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden sowie eine rechtsstaatliche Kontrolle der Außengrenzen eingefordert werden. ~~Im~~

Im Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von Schutzsuchenden

Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa

und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und Pushbacks verhindern. Da aufgrund der fehlenden Durchsetzung geltenden EU-Rechts ohnein bereits heute viele Menschen unregistriert und auf

unwürdigen Routen

sowie unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Deutschland kommen und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne

~~Gewalt an Außengrenzen zurückgewiesen wurden~~, würden selbst durch eine maßgebliche Zusage der Binnenstaaten bei der Aufnahme unter dem Strich nicht

Von Zeile 142 bis 147:

sollte Deutschland eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr ~~zusagen~~machen und andere Staaten zum Mitziehen auffordern. ~~Eine Um sicherzustellen, dass hierdurch nicht mehr Menschen nach Deutschland kommen, muss die~~ Aufnahmezusage ~~kann~~ ~~beispielsweise~~ daran gekoppelt werden, ~~ob weiterhin~~dass nicht weiterhin unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze ~~könnte~~muss das Kontingent entsprechend reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im

Von Zeile 151 bis 153 einfügen:

des GEAS gelingen kann: Mehr Unterstützung für Außengrenzstaaten auf der einen Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den und mehr Schutz der Außengrenzen auf der anderen Seite. So können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass

Begründung

Mit den Änderungen und konkreteren Hinweisen zur Umsetzung verdeutlichen wir, dass wir Grüne tatsächlich bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und den Weg hin zu einem geordneten und humanitären Ansprüchen gerecht werdenden System konkret benennen können.

weitere Antragsteller*innen

Marvin Heimrich (KV Aschaffenburg-Land); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Sebastian Pewny (KV Bochum); Robert Dietz (KV Nürnberg-Stadt); Konstantin Götschel (KV München); Michael Joukov (KV Ulm); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Sonja Lohf (KV Bochum); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Michael Jahn (KV Esslingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Monika Katharina Mertens (KV Rhein-Erft-Kreis); Uwe Janssen (KV Esslingen); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.